

## Pressemitteilung

### Europäischer Green Deal

## **Strafe oder Anreiz? CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich kann einige Handelspartner hart treffen**

*Potsdam, 23. September 2021.* **Mit dem Europäischen Green Deal will die EU ehrgeizige klimapolitische Ziele erreichen. Ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus für Importe soll verhindern, dass Unternehmen ihre Tätigkeiten in Länder mit weniger ambitionierter Klimapolitik verlagern. Welche Länder sind dadurch wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt? Was macht sie besonders anfällig? Und wie kann die EU ihnen beim Klimaschutz helfen? Das analysieren IASS-Wissenschaftlerinnen in einer neuen Studie.**

Die EU setzt auf den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich als Mittel, um gerechte Wettbewerbsbedingungen und wirtschaftliche Anreize zur Dekarbonisierung in besonders emissionsintensiven Branchen zu setzen. Er zielt zunächst auf die emissionsintensiven Güter Zement, Stahl und Aluminium ab. Später soll er nach den Plänen von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen möglicherweise auf weitere importierte Waren angewandt werden. Wie stark die Wirtschaft eines Landes durch den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich gefährdet ist, hängt laut den Autorinnen vor allem von zwei Faktoren ab: Belastung und Vulnerabilität.

„Die Belastung beschreibt, wie wichtig der Handel mit der EU für die jeweilige Volkswirtschaft ist. Unter Vulnerabilität wiederum versteht man die fehlende Fähigkeit zur Anpassung durch neue Exportstrukturen, Dekarbonisierung oder den Nachweis eines geringen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks von Produkten“, erläutert Leitautorin Laima Eicke. Ein besonders hohes Risiko haben laut der Studie vor allem Länder des Globalen Südens sowie Nicht-EU-Staaten in Osteuropa. Drei Länder, die aus unterschiedlichen Gründen besonders stark betroffen wären, analysierten die Wissenschaftlerinnen genauer: Bosnien und Herzegowina, Marokko und Mosambik.

### **Bosnische Wirtschaft ist wenig diversifiziert**

Die bosnische Wirtschaft ist geprägt von einer geringen Diversifizierung der Handelspartner und der Exportgüter: 72 Prozent der Exporte gehen in die EU, der das Land perspektivisch beitreten will. Zu den wichtigsten Exportgütern zählen Stahl und Aluminium. Bosnien und Herzegowina würde daher schon die erste Phase des Grenzausgleichs, die auf diese emissionsintensiven Güter abzielt, hart treffen. „Erfahrungen mit der Dekarbonisierung in energieintensiven Industrien zeigen, dass hier hohe Investitionen über einen längeren Zeitraum notwendig sind. In der EU hat die Mobilisierung und Subventionierung von Investitionen in diesen Industrien schon begonnen. Hersteller in Bosnien und Herzegowina werden Schwierigkeiten haben, in hinreichendem Tempo ‚grün‘ zu werden, um in der EU konkurrenzfähig zu bleiben“, sagt Ko-Autorin Silvia Weko.

### **Marokko ist langfristig an fossile Energien gebunden**

Marokko ist ein Schwellenland mit einer rasch steigenden Energienachfrage, die zu einem hohen Anteil mit fossilen Energieträgern gedeckt wird. Diese Energieinfrastruktur sowie langfristige Stromlieferverträge führen zu einer starken Pfadabhängigkeit, die einer raschen Dekarbonisierung im Wege steht. Ein solch emissionsintensives Energiesystem vergrößert den Kohlenstoff-Fußabdruck der dort hergestellten Produkte. Das würde zu einer hohen Abgabe im Rahmen eines Kohlenstoffgrenzausgleichs führen.

### **Mosambik fehlen Kapazitäten zur Überprüfung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks**

Die Komplexität und die Kosten der Berichterstattung über den Kohlenstoffgehalt von Exportprodukten stellen eine besondere Herausforderung für Entwicklungsländer wie Mosambik dar. Angesichts dieser Hindernisse könnte ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich die Handlungsoptionen einschränken, anstatt einen Anreiz zur Dekarbonisierung zu bieten. Mosambiks Endenergieverbrauch ist 64 Prozent weniger kohlenstoffintensiv als der EU-Durchschnitt. Dieser Wert ist wahrscheinlich für emissionsintensive und handelsorientierte Branchen deutlich höher, es fehlt jedoch an verlässlichen Daten. Die Anpassungsfähigkeit Mosambiks hängt hauptsächlich von der Fähigkeit ab, ein transparentes Informationssystem aufzubauen, um die vergleichsweise geringe Emissionsintensität seiner Produkte zu überwachen, zu melden und zu überprüfen.

### **EU sollte Handelspartner bei Dekarbonisierung unterstützen**

Die Studie macht deutlich, dass die EU die internationalen Auswirkungen berücksichtigen muss, um neue globale Trennlinien zu vermeiden. „Wenn der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus zum Klimaschutz beitragen soll, sollte die EU jene Länder finanziell und technisch unterstützen, für die diese Abgabe ein hohes Risiko darstellt. Allein können sie die umfangreichen Investitionen nicht leisten, die für die Dekarbonisierung erforderlich sind“, sagt Laima Eicke. Eine mögliche Maßnahme sei die Vermittlung von Kenntnissen über bewährte Verfahren zur Emissionsreduzierung in den emissionsintensiven und handelsorientierten Industrien. Zudem könnten die Europäer Schulungen in der Emissionsüberwachung, Berichterstattung und Überprüfung anbieten.

### **Publikation:**

Eicke, L., Weko, S., Apergi, M., & Marian, A. (2021). Pulling up the carbon ladder? Decarbonization, dependence, and third-country risks from the European carbon border adjustment mechanism. *Energy Research and Social Science*, 80: 102240.  
<https://doi.org/10.1016/j.erss.2021.102240>



**Wissenschaftlicher Kontakt:**

Laima Eicke  
Telefon: +49 331 28822 447  
E-Mail: [laima.eicke@iass-potsdam.de](mailto:laima.eicke@iass-potsdam.de)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Bianca Schröder  
Referentin Presse & Kommunikation  
**Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)**  
Berliner Straße 130, 14467 Potsdam  
Tel. +49 (0)331 288 22-341  
Fax +49 (0)331 288 22-310  
E-Mail [bianca.schroeder@iass-potsdam.de](mailto:bianca.schroeder@iass-potsdam.de)  
[www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de)

Das von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg geförderte **Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung** (Institute for Advanced Sustainability Studies, IASS) hat das Ziel, Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen. Das IASS folgt einem transdisziplinären, dialogorientierten Ansatz zur gemeinsamen Entwicklung des Problemverständnisses und von Lösungsoptionen in Kooperation zwischen den Wissenschaften, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation.